

## Die Krim - Weder "unser" noch "euer"

*Die Lage in der Ukraine verändert sich mit besorgniserregender Geschwindigkeit. Diese Stellungnahme wurde von Redakteuren der "OpenLeft" am Morgen des 1. März, 2014 verfasst. Heute, am 2. März, 2014, um 14 Uhr, werden Russen in verschiedenen Städten Kundgebungen gegen eine mögliche russische Intervention in der Ukraine abhalten.*

Die ukrainische Halbinsel hatte das Pech sich inmitten des Aufeinandertreffens von Russlands imperialistischen Bestrebungen und der rohen nationalistischen Politik der "neuen" Ukraine wiederzufinden. Es ist eine dumme, feige und inkonsequente Intervention - womit man auch Vladimir Putins Regime selbst beschreiben kann. Man kann sehen, dass der Plan die Ukraine unter Druck zu setzen, unterwegs geschrieben wird: vor zwei Wochen drängte der Kreml Janukowitsch, ohne über die Konsequenzen nachzudenken, zur möglichst gewaltsamen und brutalen Auflösung des Maidans; vor einer Woche unterstützte er den gescheiterten "Separatisten"-Kongress der haltlosen Staatsfunktionäre in Charkow und jetzt spielen sie die "Krim-Karte", welche das letzte Jahrzehnt über scheinbar vergessen war.

Die ersten beiden Pläne sind gescheitert: Der erste schnell und blutig, der zweite fast auf der Stelle und schmachvoll. Es ist schwer zu sagen, wie es auf der Krim scheitern wird, aber es wird ohne Zweifel passieren. Der russische Staat hat wiederholt gezeigt wie schnell er bereit ist seine Verbündeten aufzugeben und vom Beginn der dramatischen Entwicklung auf der Krim an hat der Kreml unverkennbare Zeichen für einen möglichen Rückzieher gegeben. Trotz der Tatsache, dass die russischen Truppen einige strategische Einrichtungen übernommen haben und praktisch den gesamten Luftraum über der Halbinsel kontrollieren, bleibt die offizielle Stellungnahme, dass es sich bei den Geschehnissen um einen "inneren Konflikt" und eine geplante militärische Übung handelt. Wiktor Janukowitsch kann sich nicht auf Russlands feste Unterstützung verlassen. In seiner doppelten Rolle als, zur gleichen Zeit, rechtmäßig gewählter Präsident und internationaler Verbrecher, hat Janukowitsch eine Pressekonferenz Rostow in einer dritten, mittleren Rolle abgehalten. Die neue Führung auf der Krim, die mit Moskaus direkter Beteiligung gewählt wurde, bleibt ebenfalls eine Geisel der Umstände.

Die Frage, die zum Referendum am 25. Mai gebracht wurde, lässt eine große Vielfalt von Möglichkeiten für weiteren Schattenhandel zu - sowohl mit den beiden imperialistischen Hauptakteuren USA und EU, als auch mit der neuen ukrainischen Regierung, die von den alten oligarchischen Partnern des Kremls aus Julia Timoschenkos Kreisen kontrolliert wird. "Ja" zu dieser Frage zu sagen (wozu die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung der Krim offensichtlich bereit ist) könnte, im extremsten Fall, zu einer Wiederherstellung des autonomen Status, in welchem sich die Krim 1992 befand, führen, was unter den jetzigen Umständen die Region in eine stetige Quelle innerer Spannung innerhalb der Ukraine verwandeln würde und garantiert, dass der Beitritt zur

NATO auf absehbare Zeit verhindert wird. So eine autonome Krim wird sich in einer ständigen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit zu Russland befinden, während seine Einwohner selbst von den formalen Rechten der russischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden. In dem Fall, dass Moskau durch das Ziehen der "Krim-Karte" als wirksame Erpressung der hochrangigen westlichen Partner, bei der Umverteilung der Macht innerhalb der neuen politischen Ordnung in der Ukraine Erfolg hat, wird sich auf der Krim letztlich nichts ändern (mit der Ausnahme, dass Sergei Aksjonow und seine Mitstreiter der "Russischen Einheit" womöglich auch nach Rostow oder Barviha ziehen müssen).

In jedem Fall wird der Ausgang des Referendums, ebenso wie das allgemeine Schicksal der Bevölkerung der Krim (nicht nur der russischen, sondern auch der tatarischen und ukrainischen) hinter verschlossenen Türen entschieden. Das Recht der Bevölkerung auf Selbstbestimmung bleibt torpediert, solange die Krim, und die Ukraine als Ganzes, eine Konfliktzone externer Kräfte bleibt - sowohl von West als auch Ost. Die Losung das Land zu "dezentralisieren" mit dem die Partei der Regionen gewöhnlich unverantwortlich hausieren geht, wäre unter normalen Umständen die gerechteste Lösung für die Ukraine, mit ihrer kulturellen, nationalen und sprachlichen Vielfalt. Das Prinzip der Föderation in einem Vielvölkerstaat stellte in der Vergangenheit eine demokratische Maßnahme dar Konflikte zu reduzieren, solange jedes ihrer Bestandteile gleiche Rechte und die Freiheit Maßnahmen auf lokaler Ebene zu ergreifen, zugesprochen bekommt. Allerdings bestätigt die jüngere Geschichte der Ukraine, die Tatsache, dass in einem schwachen Staat so eine Losung nicht mehr bedeutet als die Abgrenzung der Interessensphären seiner stärkeren Nachbarn, welche beide an der weiteren Eskalation des Konflikts und nicht seiner Lösung interessiert sind. Ein tatsächlicher demokratischer Föderalismus benötigt die Entwicklung der ukrainischen Revolution zu einer echten Volksmacht und nicht die andauernde Vereinnahmung von Macht durch halbwegs wiederhergestellte Eliten oder Nationalisten.

Das Problem auf der Krim wurde nicht in der letzten Woche von russischen Behörden erfunden. Die Zehntausende, die auf die Straßen von Sewastopol gingen, haben sicherlich ein feindliches Signal aus Kiew wahrgenommen, wo die Mehrheit der Sieger in der Werchowyna Rada für die Änderung des Gesetzes für regionale Sprachen gestimmt hat. Ungeachtet der nicht überzeugenden Argumentation gegen die rechtliche Mangelhaftigkeit, hatte dieser Beschluss nur symbolische Bedeutung. In einem Land am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, haben die neuen Behörden lediglich entschieden die kommende Welle "unpopulärer Reformen" in einer vollen Ladung nationalistischen Gedankenguts zu tarnen. Für die Rechtsextremen von Swoboda, welche den Beschluss eingebracht haben, ist die Frage der Sprache ein Teil eines großflächigen reaktionären Programms für einen ethnischen Staat, welcher das Potential hat, die Ukraine in ihrer heutigen Form zu begraben. Dieser Beschluss, vor dem Hintergrund der Randalen des "Rechten Sektors" (dessen Haupt-Medienpartner das russische Fernsehen bleibt), ist zu einem entscheidenden Faktor in der Verschlechterung der Lage geworden.

Dieses "Krim-Szenario" wird nicht lange bestehen. Die Kreml-Eliten werden es schnell zu ihren Gunsten ausspielen. Die patriotischen Vuvuzelas, in welche Gruppen von Propagandisten auf Kommando geblasen haben, werden absterben. Die passiven "Bürofalcken", welche in ihren sozialen Medien frenetisch die Rückkehr "unserer Krim" beschworen haben, werden verstummen und sich anderen, frischeren und interessanteren Themen widmen (genau wie im georgischen Krieg 2008). Nur die Bewohner der Krim - die Russen, Tataren und Ukrainer - werden mit ihren Problemen alleingelassen. Die Einwohner dieser, ungeachtet der Touristenströme und der Gegenwart von Militärbasen, geschwächten Region werden weiterhin feststecken zwischen den rechten Politikern aus Kiew, den von lokalen Oligarchen gestützten "Verteidigern der Russen" und den zynischen Manövern des russischen Staates, welcher auf die Rechte und Freiheiten seiner eigenen 143 Millionen Einwohner spukt.

Heute ist es sehr schwer die tatsächlichen Auswirkungen des Kiewer Maidans abzuschätzen und vorherzusagen. Es hat sowohl zur Wiederauferstehung der von Janukowitsch unterdrückten Oligarchen-Klans, als auch zu Siegen für die völkischen Graswurzel-Bewegungen geführt, welche für den post-sowjetischen Raum undenkbar schienen. Der Maidan hat die Schleusen für das Treiben des rechten Gesindels geöffnet - und gleichzeitig große Massen ins politische Leben befördert, die sich wahrscheinlich zum ersten Mal als fähig wahrgenommen haben ihr Schicksal zu bestimmen. Die Breite an Möglichkeiten bietet das Potenzial sich sowohl in progressive soziale Veränderungen, als auch in den Sieg der extremen Reaktion aufzulösen. Aber die letzte Entscheidung muss, ohne Zweifel, dem Volk der Ukraine selbst gelassen werden - ob in Kiew, in Lemberg, auf der Krim oder in Donezk.